

nicht in der Verschmelzung, sondern in der Bewahrung der je eigenen Kultur. Aber gemeinsame Basis sind die Grundwerte des Christen. Sie zu vermitteln, sehen die Vertreter der kirchlichen Publizistik in Osteuropa als ihre neue Aufgabe an. Dafür suchen und brauchen sie die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

*Kontakte unter katholischen Journalisten Europas* gibt es seit langem, nicht nur begrenzt auf die westlichen Länder. Am ältesten sind die deutsch-französischen Publizistentreffen, die seit 1957 regelmäßig stattfinden. Die Verbände der Kirchenpresse in Deutschland, Österreich und der Schweiz haben schon sehr früh Dreiländertreffen durchgeführt. In den letzten Jahren haben katholische Journalisten aus den Alpenregionen der Schweiz, Bayerns, Norditaliens und – auch schon vor der Wende im Osten – Jugoslawiens und Ungarns sog. ALPE-ADRIA-Treffen durchgeführt. Gemeinsame Begegnungen und Informationsbesuche von deutschen und österreichischen Journalisten mit Kollegen aus Polen, Ungarn, Slowenien finden bi- und multilateral statt.

Auf eine breitere Ebene ist die Zusammenarbeit 1989 durch die Gründung einer Region Europa in der katholischen Weltunion der Presse (UCIP) gestellt worden. Zum ersten Präsidenten wurde *Lászlo Lukács*, Chefredakteur der einzigen ungarischen katholischen Wochenzeitschrift „Uj Ember“ und Pressereferent der ungarischen Bischofskonferenz, gewählt. Die Region Europa führte 1991 ein erstes europäisches Symposium in Fribourg (Schweiz) durch und plant ein zweites im September 1993 in Syrakus (Italien).

Konkrete Denkanstöße für eine Neuentwicklung der Kirchenpresse in Europa hat erstmals der bisherige Leiter der Zentralstelle Medien in der Deutschen Bischofskonferenz, *Peter Dusterfeld*, auf einem Seminar der Arbeitsgemeinschaft Katholische Presse (AKP) in Verbindung mit der Medien-Dienstleistungsgesellschaft MDG über „Katholische Presse in Europa – Konzeptionen und Fallstudien“ am 13. März 1990 in Luxemburg gegeben: „Vielleicht entstehen im neuen Horizont Europa auch für die katholische Presse neue, interessante, zukunftsweisende publizistische Modelle . . .“, – Modelle nicht im Versuch der Selbstbehauptung der traditionellen katholischen Presse im säkularen Medienpluralismus oder gar einer Gegenpublizistik, sondern in der Entfaltung einer „universal kommunikativen Publizistik“, die sich „einer unteilbaren ganzen Öffentlichkeit“ verpflichtet fühle. Ist das mehr als nur ein Anspruch und eine Vision?

Die Realität sieht anders aus. Der Ist-Zustand der Kirchenpresse wird in allen Länderberichten für die Internationale Föderation der Kirchenpresse als ambivalent gekennzeichnet: „viel Licht, aber auch viel Schatten“, „Lichtblicke – trotz allem“, „zwischen hell und dunkel“. Michael Schmolke resümiert in der Einleitung zu der Buchausgabe der Berichte: „Kirchenpresse kann mehr als Problem oder mehr als Chance gesehen werden, selbstbewußt oder selbstkritisch, optimistisch oder pessimistisch. Ungeachtet dieser verschiedenen Grundhaltungen fällt jedoch das Fehlen von Entwicklungsperspektiven auf.“ Ist Kirchenpresse im Blick auf Europa ein Spiegel der Kirche?  
*Ferdinand Oertel*

## Von der Kleptokratie zur Demokratie?

Zaire befindet sich im Umbruch

*Seit 1991 tagt in Zaire eine Nationalkonferenz, die versuchen soll, die durch das korrupte Regime von Präsident Mobutu völlig heruntergekommene Land eine neue, demokratische Ordnung zu geben. Vorsitzender der Nationalkonferenz ist der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von Zaire, die katholische Kirche hat im Konflikt zwischen Mobutu und der in sich zersplitterten Opposition eine wichtige Vermittlerrolle gespielt. Peter Körner vom Hamburger Institut für Afrika-Kunde gibt einen Überblick zur politischen Situation des ressourcenreichen Riesenlandes in Zentralafrika.*

Vor drei Jahrzehnten hatte Zaire bei uns einen festen Platz in den Nachrichten. Namen wie Lumumba, Kasavubu und Tshombé waren einer breiten Öffentlichkeit geläufig. Damals, kurz nach der Mitte 1960 erlangten Unabhängigkeit, erschütterte den ehemaligen Belgisch-Kongo ein Krieg, der beinahe zum Zerfall des Staates geführt hätte. Nur durch den Einsatz von UNO-Truppen – und auf

Kosten zehntausender Menschenleben – gelang es, die Sezession der wirtschaftlich unverzichtbaren Bergbauregionen Katanga/Shaba und Kasai zu verhindern und die nationale Einheit wiederherzustellen. Zu einem Garanten dieser Einheit entwickelte sich Staatspräsident *Mobutu*, der im November 1965 durch einen Militärputsch die Macht an sich riß. Er genoß die Unterstützung der USA, Frankreichs und Belgiens, denn seine prowestliche, strikt antikommunistische Orientierung machte Zaire während des Kalten Krieges zu einem afrikanischen Bollwerk gegen die Sowjetunion. Dieser Vorzug ließ die westlichen Industriestaaten lange Zeit über den verbrecherischen Charakter des Regimes – ausufernde Korruption und schwerste Menschenrechtsverletzungen – großzügig hinwegsehen. Mehr noch: Als sich Mobutu 1977 und 1978 durch bewaffnete Gegner in Shaba ernstlich herausgefordert sah, starteten sie militärische Rettungsaktionen, um ihn an der Macht zu halten.

Nach 27 Jahren Mobutu-Herrschaft, die einer privilegiert-

ten Minderheit märchenhaften Reichtum und dem einfachen Volk Armut und Knechtschaft brachte, droht sich der Kreis zu schließen. Erneut besteht in Zaire die Gefahr eines *blutigen Bürgerkrieges*, der wie in den 60er Jahren den Zerfall des Staates auf die Tagesordnung setzen könnte. Indizien für eine mögliche Eskalation der Gewalt gab es in den vergangenen Monaten genug:

– Um ihren für das Überleben zu geringen und zudem oft monatelang nicht ausbezahlten Sold aufzubessern, unternahmen im September 1991 bewaffnete Truppen Raubzüge gegen Zivilisten und erzeugten so ein Klima der Gewalt und der Unruhe. An den Brennpunkten der Ausschreitungen in Kinshasa, Lubumbashi und anderen größeren Städten starben mehr als 200 Menschen. Erst durch den Einsatz von Interventionstruppen aus Belgien und Frankreich kehrte ein Mindestmaß an öffentlicher Ordnung zurück.

– Im Februar 1992 stoppten bewaffnete Staatsorgane einen „Friedensmarsch“ von mehreren hunderttausend Gegnern der Mobutu-Herrschaft in Kinshasa mit Gewalt. Dabei wurden mehr als 30 Demonstranten getötet und eine größere Zahl verletzt. Die Geschehnisse riefen Erinnerungen an die blutige Niederschlagung von Studentenunruhen in Lubumbashi im Mai 1990 wach. Damals hatten mehrere Dutzend Menschen das Leben verloren.

– Im August und September 1992 provozierte die Ernennung des Oppositionspolitikers *Etienne Tshisekedi* zum Ministerpräsidenten blutige Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Ethnien der Lunda und der Luba in Shaba. Dabei gab es über 20 Todesopfer. Der Hintergrund: Tshisekedi ist ein Luba, der mit ihm rivalisierende Shaba-Politiker *Nguz a Karl-i-Bond*, den er als Ministerpräsidenten ablöste, ein Lunda.

## Zu einem der ärmsten Länder verkommen

Daß die Geister der Vergangenheit in die zairische Gegenwart zurückkehrten, war die Kehrseite des „Wind of Change“, der 1990 auch Afrika erfaßte. In Zaire waren die Menschen, vor allem in den Städten, nicht länger bereit, sich mit sozialen Mißständen, Armut, Hunger, Willkür, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und der hemmungslosen Selbstbereicherung von Mobutu und der wenig tausend Menschen umfassenden Staatsklasse abzufinden. Mit wachsendem Widerstand gegen das Regime erhielten auch die Zentrifugalkräfte wieder Auftrieb. Mobutus bisherige externe Unterstützer USA, Frankreich und Belgien gingen auf Distanz, ohne indes ihren Schutzing fallen zu lassen.

Hauptursache der zairischen Krise ist die *systematische private Aneignung öffentlicher Ressourcen durch eine korrupte Staatsklasse*, deren System treffend als „Kleptokratie“, Herrschaft von Dieben, bezeichnet wurde. Massive Repression sicherte diese Herrschaftsform gegen die in Massenarmut lebende Bevölkerung von mittlerweile 35–38 Millionen Menschen ab. Landeskenner unterstellen, daß Mobutu und seine Klientel von den Staatsein-

künften, Deviseneinnahmen, Auslandskrediten und Entwicklungshilfegeldern so viel Geld in die eigenen Schatullen abgezweigt haben, daß es für sie ein Leichtes wäre, Zaires Auslandsschulden von elf Milliarden US-Dollar aus ihrem Privatvermögen zu begleichen.

Mobutus Reich ist zu einem der ärmsten Länder der Welt verkommen, obwohl es aufgrund seiner *unermeßlichen Ressourcen* – Wasserkraft im Überfluß, fruchtbare Böden und Rohstoffe wie Kupfer, Kobalt, Diamanten, Gold, Uran, verschiedene Stahlveredler, Kohle, Erdöl – zu den potentiell reichsten Staaten zählt. Die Kleptokratie indes hat das Land nach allen Regeln der Kunst heruntergewirtschaftet. Seit 1975 war es deshalb immer wieder zu Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und den im Pariser Club zusammengeschlossenen Gläubigerstaaten gezwungen. Diese Abkommen machten dem Mobutu-Regime zur Auflage, die Wirtschaft durch eine Politik der Strukturanpassung zu sanieren. Nur unter dieser Bedingung waren die Gläubiger bereit, Zaires Verbindlichkeiten umzuschulden und neue Kredite zu gewähren, von denen wiederum der Erfolg der Strukturanpassung abhing.

Doch weder die Sanierungsprogramme noch die Besetzung zairischer Schlüsselinstitutionen wie Zentralbank, Finanzministerium und Zoll durch Gewährsleute der Gläubiger konnte die Krisenursachen, insbesondere die ruinösen Praktiken der Selbstbereicherung, beseitigen. Mobutu und die Seinen fanden immer wieder Mittel und Wege, das Diktat der Gläubiger zu unterlaufen. Die Kombination von halbherziger Sanierung und fortbestehender Kleptokratie wirkte für das Land und seine Menschen fatal: Die Produktion in Bergbau, Industrie und Landwirtschaft schrumpfte, der nie geringe Preisauftrieb entartete 1991 zur Hyperinflation und die Einkommen der Armen wurden schneller entwertet, als damit Lebensmittel zu kaufen waren. Hätte es für die Menschen nicht Überlebenschancen im informellen Sektor der Städte, in der Selbstversorgungswirtschaft auf dem Lande und in den sozialen Netzen der Großfamilie gegeben, wäre eine Hungerkatastrophe programmiert gewesen.

Als Ende 1989 in Rumänien die Diktatur von Mobutus Freund Ceauşescu blutig beseitigt wurde, wirkte dies in Zaire wie ein Signal. Seither nahm der Protest gegen die Alleinherrschaft Mobutus zu. Der zairische Staatschef, das Schicksal seines Herrschaftskollegen vor Augen, sah sich zu *Zugeständnissen an seine Gegner* gezwungen. Dabei räumte er keine Position freiwillig, sondern gab der Opposition immer nur das, was er politisch nicht mehr vorenthalten konnte, wollte er offenen Aufruhr verhindern. So kam es zu dem mittlerweile als historischer Wendepunkt eingestuften Datum des 24. April 1990, an dem Mobutu unter dem Stichwort „Dritte Republik“ die Aufgabe der Einparteienherrschaft und einen Kurs der Demokratisierung verkündete. Tatsächlich dachte er nur an kosmetische Korrekturen seiner Herrschaft, die die Macht der bisherigen Einheitspartei MPR (Mouvement Populaire de la Révolution), die regimestützende Rolle der Armee

und die unantastbare Stellung des Staatsschefs nicht zur Disposition stellten.

Doch je mehr sich die ökonomische, soziale und politische Krise in Zaire zuspitzte, desto mehr geriet Mobutu unter Druck. Noch 1990 mußte er von seinem Vorhaben ablassen, die „Dritte Republik“ zu einem Dreiparteiensystem zu machen, in dem neben der MPR nur zwei weitere, leicht kontrollierbare Organisationen vorgesehen waren. Widerwillig gab der Diktator den Weg für Neugründungen uneingeschränkt frei. Danach schossen Parteien wie Pilze aus dem Boden, bisher über 230. Doch mit den Parteien kam der Spaltpilz: Neben einer Vielzahl von Oppositionsgruppierungen formierten sich auch Organisationen, die offenkundig Tarngebilde von Mobutu-Anhängern waren. Auf diese Weise suchte das Regime Unsicherheit in die Reihen seiner Gegner zu tragen. Mobutus Handlanger nahmen Argumente der Regimekritik auf, um ihre wahren Absichten zu verschleiern und der wirklichen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Regimegegner gewannen trotzdem an Kraft. Mehrere Politiker machten Ansprüche auf die Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten und des Staatspräsidenten geltend. Darüber hinaus artikulierten Oppositionelle zunehmend Widerstand gegen Mobutus Vorhaben, die Spielregeln der Reformpolitik zu diktieren. Nicht im Rahmen der auf Mobutu zugeschnittenen Verfassungs- und Staatsordnung gedachten sie für die Veränderung zu wirken, sondern durch ein unabhängiges Gremium, das von dem bisherigen Herrschaftssystem nicht am Gängelband zu halten war: die *Nationalkonferenz*.

Es war jedoch ein dornenreicher Weg, bis es im August 1991 zu ihrer ersten Zusammenkunft kam. Mobutu sprach der Nationalkonferenz Kompetenz und Legitimation ab, über die Zukunft Zaires zu entscheiden. Erst behinderten er und seine Helfershelfer die Gründung, dann die Arbeit des Gremiums. Daß die Zusammenkunft mehrfach Unterbrechungen erlebte und Fortschritte zunächst nur im Kriechgang erreichte, war einerseits der Obstruktionsstrategie des Regimes, andererseits aber auch der Uneinigkeit der Opposition geschuldet, die schon früher das Regime stark gemacht hatte.

## Das Dilemma der Opposition

Unter den zahlreichen Parteien, die sich seit 1990 neu formierten, kristallisierten sich neben Mobutus Kräften drei heraus, die in der Nationalkonferenz gewichtigen Einfluß erlangten: die bereits Anfang der 80er Jahre in der Illegalität gegründete Union pour la Démocratie et le Progrès Social (UDPS) unter Führung von Tshisekedi, die Union des Fédéralistes et des Républicains Indépendants (UFERI) unter Nguz und der Parti Démocrat et Social Chrétien (PDSC) unter Ileo, der in den frühen 60er Jahren kurzzeitig Regierungschef gewesen war. Alle anderen Organisationen blieben relativ unbedeutend. UDPS, UFERI und PDSC schlossen sich Mitte 1991 mit anderen Gruppierungen zur Union Sacrée zusammen, die zur

mächtigsten politischen Gegenspielerin des Regimes avancierte.

Keine der Parteien in der Union Sacrée hatte jedoch eine nationale Basis, alle waren primär regional verankert: Die PDSC hatte ihren Schwerpunkt in Kinshasa und dem westlichen Bereich Zaires, die UFERI in Shaba und die UDPS besonders in Kasai, mit Reichweite nach Kinshasa hinein. Von der Grundkonstellation bildeten sich hier dieselben Bruchlinien ab, die Anfang der 60er Jahre beinahe zum Zerfall des Staates geführt hätten.

Das Dilemma der Opposition lag nicht nur in den Gegensätzen und den inneren Widersprüchen der Organisationen, sondern auch in dem Charakter der Personen, die sie repräsentierten. Namentlich Nguz und Tshisekedi hatten in der Vergangenheit zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit Mobutu kollaboriert: Nguz amtierte in den 70er und 80er Jahren wiederholt als Außenminister und Ministerpräsident in den Marionettenkabinetten des Diktators; zwischenzeitlich hatte er mit dem Regime gebrochen, war ins Exil gegangen, in Abwesenheit zum Tode verurteilt und dann doch vom Regime in Gnade wieder aufgenommen worden. Tshisekedi war in den frühen 70er Jahren als Innenminister unmittelbar für Mobutus Repressionsapparat und damit für Willkür, Folter und Mord verantwortlich. Es fällt schwer zu glauben, daß sich diese Männer zu Demokraten gewandelt haben, auch wenn speziell Tshisekedi bereits vor mehr als zehn Jahren mit Mobutu brach, zu einer Leitfigur der UDPS aufstieg und selbst Opfer einer staatlichen Verfolgung wurde, die seiner Gesundheit Schaden zugefügt hat.

Neben Glaubwürdigkeitsproblemen haftet den Parteiführern ein weiterer Makel an, der einem vielversprechenden Neuanfang in der Politik Zaires entgegensteht. Sie alle sind schon so alt, daß sie bestenfalls als *Übergangsfiguren* wirken können. Daß es personell kaum eine langfristige Perspektive gibt, ist die Folge der Personalpolitik unter dem Mobutu-Regime, die mit den Mechanismen von „Zuckerbrot und Peitsche“ sowie „Teile und Herrsche“ die Entwicklung eines selbstbewußten politischen Nachwuchses verhinderte.

Von allen größeren Oppositionsparteien ist es der UDPS am meisten gelungen, ihre regionale Beschränkung zu überwinden und den Weg in Richtung einer *zairischen Sammlungspartei* zu beschreiten. Ihr Aushängeschild Tshisekedi hat sich zu einem charismatischen Politiker entwickelt, der über die Grenzen seiner Partei hinaus als Kopf der Opposition Anerkennung fand. Keinem anderen Politiker als ihm wurde zugetraut, einen Gegenpol der Macht gegen Mobutu bilden zu können. Da Tshisekedi zudem Rückendeckung durch die USA, Belgien und Frankreich erhielt, avancierte er zu einem Kandidaten für das Amt des *Regierungschefs*.

Ein kurzes Gastspiel auf diesem Posten hatte er im Oktober 1991 gegeben, war von Mobutu jedoch nach fünf Tagen wieder entlassen worden, weil er einerseits den Oberbefehl über die bewaffneten Staatsorgane für sich beanspruchte und es andererseits ablehnte, den Eid auf die

mobutistische Verfassung abzulegen. Wenige Wochen nach Tshisekedis Entlassung, ließ sich sein Gegenspieler Nguz von Mobutu in die Regierungsverantwortung nehmen. Erneut zum Handlanger des Diktators abgestiegen, wurden Nguz und seine Partei UFERI aus der Union Sacrée ausgeschlossen.

Während das Zweckbündnis Mobutu-Nguz versuchte, die Herrschaft zu stabilisieren, wirkte die verbliebene Union Sacrée auf die Entmachtung des Regimes und die Formulierung einer neuen Staatsverfassung hin. Unter ihrem Einfluß erklärte sich die Nationalkonferenz im Mai 1992 souverän und erhob damit den Anspruch, in der politischen Übergangsphase als höchstes Staatsorgan zu fungieren. Im August 1992 wählte sie mit 1878 von 2651 Stimmen (70,8 %) Tshisekedi zum neuen Ministerpräsidenten. Welchen Wert dieses einheitliche Votum der Regimegegner wirklich hat, könnte sich allerdings erst in einem Regierungssystem ohne Mobutu erweisen – nach dem Wegfall des verbindenden Reibungspunktes.

Zähneknirschend berief Mobutu Tshisekedi zum Ministerpräsidenten. Zudem signalisierte er die Bereitschaft, die Zivilgarde und die Gendarmerie der Kontrolle der Nationalkonferenz zu unterstellen. Die Konferenz ihrerseits sprach sich für die Rückbenennung Zaires in Kongo aus, um symbolisch den Bruch mit der Mobutu-Periode zu verdeutlichen. Der von ihr vorgelegte Verfassungsentwurf definierte die „Dritte Republik“ als einen Staat mit den Attributen souverän, vereinigt, demokratisch, sozial und säkular. Um den föderalen Charakter zu unterstreichen, sind neben Französisch auch die vier Hauptsprachen Lingala, Kikongo, Tschiluba und Kisuaheli als Amtssprachen vorgesehen.

Mobutu konnte diese Absichten nicht durchkreuzen, reorganisierte indes seinerseits die Présidence (das Präsidialamt) – jene Regierung neben der Regierung, die von keiner Instanz kontrolliert seine personale Herrschaft sichert. Auch die Spezialeinheiten der Armee, die bei Regimegegnern berüchtigt und gefürchtet sind, gab der Staatschef nicht aus der Hand. Im September 1992 drohte das immer noch von Mobutu kontrollierte Militär den Politikern mit einem Putsch.

## Die vermittelnde Rolle der Kirche

Ob Zaire den Umbruch friedlich und demokratisch wird vollziehen können, erscheint angesichts der nicht endenden Gegenwehr des Regimes fraglich. Allerdings sind auch im Hinblick auf den demokratischen Charakter der Opposition Zweifel angebracht. Manches spricht dafür, daß es sich bei den Parteien weniger um repräsentative Organisationen als vielmehr um klientelistische Netzwerke handelt, denen es – am Volk vorbei – um die Neuverteilung der Pfründe geht. Wie abgehoben auch die politische Opposition gegenüber den Nöten des einfachen Volkes agiert, zeigte sich an der *Neigung der Nationalkonferenz zu Prestige und Prunk*. Während die Masse der Menschen ums tägliche Brot kämpft, gönnten sich die Teilnehmer der Zusammenkunft eine große Zahl teurer

Import-Autos und üppige Sitzungsgelder. Möglicherweise steht am Ende des zairischen Umbruchs doch nur eine modifizierte Kleptokratie.

Bei der Vermittlung in dem Konflikt zwischen Mobutu und der Opposition gewann die *katholische Kirche Zaires* in der Nationalkonferenz große Bedeutung. Der Vorsitzende der zairischen Bischofskonferenz, *Laurent Monsengwo Pasinya*, Erzbischof von Kisangani, wurde zum Leiter der Nationalkonferenz gewählt. Er kam aus einer Region Zaires, die außerhalb der traditionell rivalisierenden Machtzentren Kinshasa, Shaba und Kasai liegt, und erwarb sich bei Regimetreuen und Regimegegnern Respekt durch seine verbindliche, diplomatische und vermittelnde Verhandlungsführung. Nicht wenige Regimegegner hätten ihn zum Ministerpräsidenten wählen wollen, hätte er nicht eigene Ambitionen auf dieses Amt ausgeschlossen. Die Konzessionen, die die Nationalkonferenz Mobutu 1992 im Tauziehen um die Macht abrang, waren in hohem Maße sein Verdienst.

Monsengwo repräsentiert – mit einem Drittel bis der Hälfte der Bevölkerung – die größte der in Zaire vertretenen Religionsgemeinschaften. Weitere wichtige Glaubensgemeinschaften christlicher Orientierung sind verschiedene protestantische Kirchen, die orthodoxe Kirche und vor allem der *Kimbanguismus*. Dabei handelt es sich um eine afrikanische Variante des Christentums, die in den 20er Jahren in Reaktion auf die Kollaboration der europäischen Missionen mit dem belgischen Kolonialismus, dessen Willkürherrschaft mehrere hunderttausend Zairer zum Opfer fielen, entstanden ist.

Die kimbanguistische Kirche, die seit 1969 Mitglied im ÖRK ist, hat bis zu fünf Millionen Anhänger; ihr Schwerpunkt befindet sich in dem Landstrich zwischen Kinshasa und dem Atlantik. Während sie in der Kolonialzeit mit Teilen der zairischen Unabhängigkeitsbewegung konspirativ zusammenarbeitete, erwies sie sich später als eine Stütze des Mobutu-Regimes. Von den Glaubenssprinzipien, die die straff organisierte Religionsgemeinschaft prägen, ist für nichtkimbanguistische Christen vor allem jene Vorstellung irritierend, welche den „Propheten“ Kimbangu, den Begründer der Kirche, zur Inkarnation des Heiligen Geistes überhöht. 1992 hat sich indes eine einschneidende Veränderung ergeben: Nach dem Tod des kimbanguistischen Oberhirten Diangienda, einem Sohn Kimbangu, wurde die Überhöhung des „Propheten“ intern in Frage gestellt. Politisch fand die Kirche 1991/92 einen Platz unter den Kritikern des Mobutu-Regimes.

Zusammen mit den anderen christlichen Kirchen und der zahlenmäßig kleinen, aber artikulationsmächtigen Islamischen Gemeinschaft Zaires zählten die Kimbanguisten im April 1992 zu den Unterzeichnern einer Erklärung, die zur nationalen Versöhnung und zu einem friedlichen Wandel aufrief. Der Aufruf enthielt selbstkritische Töne, in denen seine Urheber den miserablen Zustand Zaires auch eigenem Versagen anlasteten.

Unter den zairischen Kirchen war die katholische diejenige, die als erste und am lautstärksten *Regimekritik*

artikulierte. Bereits in den frühen 80er Jahren, als die Äußerung solcher Kritik selbst der politischen Prominenz noch Exil oder Gefängnis bescherte, wagte vor allem der mutige (mittlerweile verstorbene) Kardinal *Malula* den Konflikt mit Mobutu, der sich selbst als einen gläubigen Katholiken sieht und offenbar keinen Widerspruch zwischen den massiven Menschenrechtsverletzungen seines Regimes und den Geboten der christlichen Nächstenliebe entdeckt.

Auf Europareisen ließ sich der zairische Diktator häufig vom Papst in Privataudienz empfangen. Johannes Paul II. seinerseits besuchte Zaire zweimal, 1980 und 1985 (vgl. HK, Juni 1980, 277 ff.; September 1985, 400 ff.). Hatte er beim ersten Mal noch dezente, aber hörbare regimekritische Töne angeschlagen, die die zairische Kirche zu eigener Kritik am Regime ermutigten, so begriff er die zweite Visite als rein pastorale Mission. Nach dem zweiten Papst-Besuch hielt sich auch die katholische Kirche Zaires mit Kritik an Mobutu auffallend zurück. Diese Kurskorrektur erscheint angesichts des exponierten Ranges, den Zaire in den Berichten von Amnesty International über Menschenrechtsverletzungen in der Welt immer wieder einnahm, bemerkenswert.

## Lebenswichtige Funktion für die Versorgung der Bevölkerung

Erst als die Kleptokratie vom „Wind of Change“ erfaßt wurde, besann sich die Kirche auf frühere Stärken. Die zairischen Bischöfe verliehen der Opposition im April 1990 durch eine Erklärung, die das Regime schonungslos

kritisierte, moralische Autorität. In der Folgezeit gab die Kirche dem Protest gegen Mobutu immer wieder argumentative Rückendeckung; die Repression, mit der das Regime gegen seine Gegner vorging, wurde von den Bischöfen in scharfer Form gegeißelt. In der Person von Monsengwo nahm die Kirche seit Ende 1991 in der Nationalkonferenz auch unmittelbar politischen Einfluß. Der Erzbischof reist vom 1. bis 9. Juni 1992 zu Gesprächen mit Johannes Paul II. nach Rom, wenige Tage nachdem Mobutu dem Vatikan einen Besuch abgestattet hatte. Nach der Rückkehr aus Rom wartete Monsengwo mit der Neuigkeit auf, daß Ende Juli eine von der Nationalkonferenz gewählte Übergangsregierung die Amtsgeschäfte aufnehmen würde. Es sollte zwar einige Wochen länger dauern, doch im August wurde die Ankündigung Realität.

Abgesehen von der politischen Bedeutung haben die katholische und regional auch die kimbanguistische Kirche für die Versorgung der Bevölkerung eine lebenswichtige Funktion gewonnen. Seit die öffentliche Infrastruktur, das staatliche Bildungs- und Gesundheitswesen und die sozialen Dienste der öffentlichen Hand infolge der korrupten Praktiken des Mobutu-Regimes weitgehend zusammengebrochen sind, füllen kirchlich betriebene Sozialeinrichtungen, Schulen, Krankenstationen und Transportmöglichkeiten Versorgungslücken, die keine andere Institution zu schließen imstande ist. Besonders in ländlichen Gebieten wäre die ohnehin nicht geringe Säuglings- und Kindersterblichkeit erheblich höher, würden kirchliche Einrichtungen in einem Meer der Armut nicht Inseln der Humanität schaffen.

*Peter Körner*

# Erfahrungen eines Christentumskritikers

## Eine Stellungnahme von Franz Buggle zur Diskussion über seine Streitschrift

*Im Maiheft (S. 222 ff.) veröffentlichten wir eine kritische Auseinandersetzung des Tübinger Theologen Karl-Josef Kuschel mit dem christentumskritischen Buch „Denn sie wissen nicht, was sie glauben“ des Freiburger Psychologen Franz Buggle. Prof. Buggle nimmt im folgenden Beitrag zur Kritik von Kuschel und zur Diskussion über sein Buch Stellung.*

Die Redaktion der Herder-Korrespondenz hat mir angeboten, über die bisherigen Reaktionen auf mein im März d. J. bei Rowohlt erschienenen Buch „Denn sie wissen nicht, was sie glauben“ zu berichten und mich zu einigen Stellungnahmen und Einwänden, wie sie etwa auch in dieser Zeitschrift von *Karl-Josef Kuschel* vorgebracht wurden, zu äußern. Da ich glaube, daß in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft ein Weg aus der unbestritten tiefen Krise gegenwärtiger individueller wie gesellschaftlicher Religiosität nur über einen offenen und durchaus deutlichen, aber dennoch, so hoffe ich immer noch, fairen

Diskurs gehbar sein wird, möchte ich dieses Angebot annehmen.

Was die Reaktionen auf mein Buch angeht, so läßt sich hier zunächst eine ganz klare Trennungslinie zwischen *Theologen* (im kirchlichen Dienst) und *Nicht-Theologen* ziehen. Die Reaktionen von Nicht-Theologen waren einerseits quantitativ wie qualitativ außerordentlich stark und zeigten mir überdeutlich, daß ich stellvertretend für viele eine sehr virulente Problematik, ja teilweise geradezu eine konflikthafte Not vieler Menschen angesprochen habe. In vielen kaum noch zu bewältigenden Briefen und Telefonanrufen wurde und wird mir immer wieder die durchweg starke Betroffenheit, die das Buch offensichtlich bei seinen Lesern auslöst, vermittelt. Was mich selbst überraschte und was ich in diesem Ausmaß nicht erwartet hatte, war die Tatsache, daß alle diese Reaktionen so gut wie ausschließlich positiv, ermunternd, ja zu einem guten Teil geradezu enthusiastisch zustimmend waren. Unter den so Reagierenden war eine große Zahl Professoren und